Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 62 (1982)
Heft: 1

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

VOLKSDEMOKRATIE OHNE VOLK

Die Staaten des «realen Sozialismus» haben viele Misserfolge zu beklagen – in der Sowjetunion ist heute die Kindersterblichkeit höher als in etlichen Entwicklungsländern, und die durchschnittliche Lebenserwartung ist in den letzten zehn Jahren gesunken. Doch sie erringen terminologische Siege.

Die einzige Grossmacht, die Krieg führt – die Sowjetunion in Afghanistan – ist Nutzniesserin einer Friedensbewegung, die sich entweder ausschliesslich oder überwiegend gegen die USA wendet. Und die westliche Presse spricht von «Volkspolen», wenn sie einen Staat meint, der beim beherrschten Volk Widerstand oder Apathie, aber keinerlei Konsens oder Vertrauen findet.

Der Versuch General Jaruszelskis, mit der noch intakten Armee – der zweitstärksten des Ostblocks – und der Miliz eine Art von Ordnung oder doch einen Deckel über ein Chaos zu legen, kann als «Selbstbesetzung» gekennzeichnet werden. Sie hat zwei Aspekte: einesteils nimmt sie dem Moskauer Beschützer die Sorge einer Intervention ab, die gefährlicher wäre als die Niederwerfung Ungarns 1956 und der Tschechoslowakei 1968. Anderseits können manche – vielleicht zahlreiche? – Polen eine extrem repressive polnische Diktatur einer Fremdbesetzung immer noch vorziehen.

Lenin sprach 1917 von «zwei Mächten», der Regierung und den Räten, von denen schliesslich nur eine bleiben konnte, weil eine Koexistenz nicht möglich sei. In Polen war die Kommunistische Partei samt Regierung die Macht von oben, Solidarnosz in Stadt und Land die neue Macht von unten.

Die kommunistische Partei hat mehrmals Führer verstossen, die abgewirtschaftet hatten, so kamen 1956 Gomulka, 1970 Gierek und seit 16 Monaten in schneller Folge drei Regierungschefs. Jeweils wurden Unfähigkeit, falsche Wirtschaftspolitik, Korruption der eben gestürzten Führung angelastet und eine Reinigung verheissen, kraft deren die Partei wieder Vertrauen verdiene.

In unseren Demokratien macht eine Partei, die eklatant versagt hat, anderen Kräften Platz – es ist festzustellen, dass der Leiter des Marx-Lenin-Institutes in Warschau zu eben dieser Folgerung gelangte. In Polen aber darf eine Partei, die dem Moskauer Modell des Einparteienstaates entspricht, niemals zurücktreten, auch wenn ihre Mitglieder sie in Scharen verlassen und zum Teil den «parteifeindlichen» freien Gewerkschaften beitreten.

Versagende Militärherrscher etwa in Peru konnten sagen: Wir kommen nicht weiter, andere mögen es versuchen. Dieser Weg ist im Ostblock nicht gangbar. Statt solcher Normalität gibt es in der Krise die «Normalisierung», das heisst die Unterdrük-

kung jeder Organisation, jedes Ausdrucks, die der Volksmeinung entsprechen. Eine von aussen gestützte «Volksdemokratie ohne Volk» kann sich allerdings lange halten – dreizehn Jahre «normalisierte» Tschechoslowakei beweisen es.

Doch trotz aller typischen Zwänge – Macht-, nicht Sachzwänge! – liegt jeder Fall anders. Polen war niemals eine voll ausgebildete Volksdemokratie. Da war die Macht und der Einfluss der katholischen Kirche, da war die zu drei Vierteln nicht kollektivisierte, allerdings vom Staat eben deswegen an Lieferungen kurz gehaltene Landwirtschaft, da war die Weigerung, gegen eigene Führer Schauprozesse mit folgender Hinrichtung durchzuführen. Da war die besondere Unsicherheit einer kommunistischen Partei, die Stalin selber als unbotmässig vernichtet hatte; eine Partei mit Ökonomen, auch Politikern, die nach 1958 nicht zögerten, unter eigenem Namen in der Emigrantenzeitschrift «Kultura» zu schreiben.

Polen war kulturell offener, wirtschaftlich ineffizienter als andere Ostblockstaaten. Die Versorgungskrise ist jedoch heute nicht schwerer als in Rumänien, und kann deshalb nicht ausschliesslich den artikulierteren Protest der Polen erklären.

In diesem Land hat seit anderthalb Jahren niemand geherrscht. Die Regierung war unfähig, die dringendsten organisatorischen Massnahmen zu treffen; die neue Gewerkschaft wollte zunächst keine politische Rolle spielen und die Partei – an Gesellschaftsmacht fast entleert – als «Schutzhaut» (so hat es Leszek Kolakowski ausgedrückt) zwischen Polen und der Sowjetunion wahren. In Ungarn, in der Tschechoslowakei suchten die Unzufriedenen nach «besseren Kommunisten» – das waren Nagy und Dubček. Die Polen dachten nicht an Wechsel der Parteiführung, sondern an Schaffung neuer Verhältnisse, an welche die Partei, die man tolerierte, sich anpassen würde. Doch dabei zwang das Machtvakuum die Solidarnosz, deren meiste Führer zwischen 24 und 26 Jahre alt sind, zunehmend in politische Aufgaben. Sie hatten es weniger mit einem harten als mit einem gelähmten Staat zu tun. Dass hier die protestierenden Arbeiter und Bauern nicht durchaus weise und «staatsmännisch» redeten und agierten – immerhin hat Lesz Walesa eben das geleistet! – darf nicht wundern. Auch vor der Parteidiktatur hat Polen nur begrenzte demokratische Erfahrungen gehabt.

Kann der General, der vom Vaterland und nicht von der Partei spricht, im Namen des Gesamtinteresses einige Zustimmung für seine harte Ordnung finden? Wird er neue Kompromisse suchen wollen oder müssen? Wird diese Ordnung die Bauern, die keine wertlosen Zloty wollen, durch Appell an ihren Patriotismus oder durch Zwang zu Lieferungen an die Städte bewegen?

Gegenüber offiziellen Reden herrscht in Polen Skepsis, auch Zynismus; man versteht das. Eine bessere Wirtschaftspolitik mit höchstens sehr langfristigem Fortschritt ist denkbar, wozu sowjetische Berater jedoch am allerwenigsten beitragen können. Diktatur ohne ausländische Unterstützung, ohne Ausbruch chaotischen Protests nach der Verhaftung jener Vertrauensleute, die die Missstimmung noch kanalisieren konnten – das ist

heute mangels anderer Perspektiven die minimale Hoffnung. Dass Moskau den Westen, der bekanntlich stets an Angriffskriege denkt und die eigenen Völker unterdrückt, auch für die Not Polens verantwortlich machen wird, versteht sich von selbst.

François Bondy

WANDLUNGEN DES ÖFFENTLICHEN KLIMAS

Kein Zweifel, an unseren Mittelschulen und Universitäten zeichnet sich seit einiger Zeit ein gewisser Klimawandel ab. Der Linksdrall manifestiert sich nicht mehr so krass. Es gibt wieder studentische Gruppen und Zeitungen, die sich öffentlich zu Grundsätzen bekennen, die man früher als «bürgerlich» bezeichnet hätte. Auch wenn schon anfangs der siebziger Jahre immer wieder betont worden war, dass die linken Aktivisten nur einen kleinen Prozentsatz ausmachten und lediglich dank der Passivität der «schweigenden Mehrheit» so penetrant als *die* Vertreter der Studentenschaft auftreten könnten, so ist die verstärkte öffentliche Präsenz anderer Strömungen doch mehr als nur äusserlicher Art. Abgesehen davon, dass man zuvor kaum Anhaltspunkte dafür hatte, wie die «schweigende Mehrheit» denn ihrerseits politisch denke, scheint sich in dieser Entwicklung so etwas wie ein Wandel des Zeitgeistes überhaupt niederzuschlagen. Es ist naheliegend, die Veränderung der studentischen Szene mit den Bewegungen zu «Weniger Staat» in Beziehung zu setzen, die in jüngster Zeit nicht nur in der Schweiz wesentlich erfolgreicher waren als die ideologisch eingefärbten linken Gruppierungen.

Indessen scheint es angezeigt, diese Tendenzen nicht einfach mit dem Etikett eines Rechtstrends zu klassieren. Unabhängig von den wechselnden Parteigruppierungen hat sich seit den fünfziger Jahren offenbar ein schleichender Bewusstseinswandel abgespielt, der vielleicht grösser ist, als wir gemeinhin glauben, und der sich kaum voll ins übliche Koordinatensystem Links-Rechts einfügen lässt. Vor 25 Jahren schien das zu beginnen, was man als Entideologisierung der Politik zu bezeichnen pflegte. Man sprach vom «Sozialismus ohne Marxismus», vom vermeintlichen Anbruch des pragmatischen Zeitalters.

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre änderte sich das Bild fast über Nacht. Die studentische Jugend Amerikas, Frankreichs und dann der weiteren westlichen Industriegesellschaften begann die Utopie wiederzuentdecken. Es baute sich eine breite Oppositionsfront gegen die Leistungsgesellschaft mit ihren «Machern» auf. Und wenn auch deren gesellschaftspolitische Total-Alternativen inzwischen ihrerseits längst schal und leer geworden sind, so blieb möglicherweise doch mehr von dieser Welle «hängen» als wir wahrhaben wollen. Wie anders liesse sich sonst die weitverbreitete Popularität des «Aus-

steigers» als einer alternativen Lebensform erklären? Wie anders die Tatsache, dass der «Macher» inzwischen vom antibürgerlichen Schimpfwort zur gängigen Bezeichnung einer sozialwissenschaftlichen Kategorie «aufgestiegen» ist?

Der Zürcher Philosoph Hermann Lübbe hat diesen Wandel so umschrieben: «Man will nicht mehr *werden,* man will endlich *sein.*» Die Nostalgiewelle erscheint auf diesem Hintergrund als eine sanfte Form von «Zivilisationsdesertion». Auch das in den letzten zehn Jahren ausserordentlich geschärfte ökologische Bewusstsein hat manche Impulse aus dieser Tendenz erhalten, ohne allerdings gleichzeitig mit einer Grundwelle echten Verzichts gekoppelt zu sein. Mit ins Bild gehört ferner eine recht weitverbreitete Art von neoreligiöser Weltflucht vieler Jugendlicher in den Schoss sektenähnlicher Gemeinschaften. Und schliesslich ist auch die bedenkliche Tatsache nicht zu übersehen, dass die Droge heutzutage faktisch als Surrogat-Lösung der Lebensbewältigung weitherum stillschweigend akzeptiert oder doch toleriert wird – ein Phänomen, das eigentlich höchste gesellschaftspolitische Alarmstufe auslösen müsste.

Schliesslich gehört in diesen Zusammenhang auch die wachsende «Verweigerung» gegenüber den institutionellen Entscheidungsabläufen der Demokratie, sei es in Form blosser politischer Abstinenz oder in der Gestalt der sogenannten Bürgerinitiativen, die sich ebenfalls wachsender Sympathien erfreuen – trotz dem Umstand, dass sie im Grunde unechte Alternativen zu den etablierten Entscheidungsmechanismen darstellen, da sie sich bei näherem Zusehen zwar als Methode der Verhinderung, keinesfalls aber als taugliches Mittel des konkreten, konstruktiven Weiterbaus an Staat und Gesellschaft erweisen.

All diese Ansätze zu einem Wandel des Zeitgeistes sollen nicht dramatisiert, aber auch nicht verniedlicht werden. Für das politische System, vor allem auch für die Parteien, stellen sich hier neuartige Fragen der Problembewältigung, für die sich grösstenteils noch keine gültigen Antworten artikuliert haben.

Richard Reich

EIN STEUERPOLITISCHER UNSINN

Steuern sind, so steht es im Lehrbuch und so behauptet die «aufgeklärte» steuerpolitische Praxis, Abgaben des Pflichtigen an den Staat, damit dieser die ihm übertragenen Aufgaben finanzieren kann. Vom Steuerpflichtigen wird ein *Opfer* in Form einer Schmälerung des verfügbaren Einkommens verlangt. Es geht um einen Einkommenstransfer vom Steuerpflichtigen zum Staat. Unsinnig, und dem Wesen der Steuern widersprechend wäre es deshalb, wenn der Staat, der die Steuern einkassiert, da-

für sorgt, dass diese dem Pflichtigen wieder zurückerstattet werden.

Genau dies aber geschieht bei der *Warenumsatzsteuer*. Sie wird bekanntlich vom Händler erhoben und von diesem mit dem Preis auf den Konsumenten überwälzt. Sie ist mithin im Konsumentenpreisindex enthalten. Eine Warenumsatzsteuer-Erhöhung, wie sie mit der Verlängerung der Bundesfinanzordnung beschlossen worden ist, wird mithin indexwirksam. Sie wird dem Steuerpflichtigen mit dem Teuerungsausgleich wieder in die Lohntüte gesteckt. Der Einbau von Steuern in den Konsumentenpreisindex und damit in den Teuerungsausgleich muss als fiskalpolitischer Schildbürgerstreich par excellence bezeichnet werden, weil er nicht nur zu Belastungsverzerrungen führt, die vom Gesetzgeber nicht beabsichtigt waren, sondern darüber hinaus natürlich auch zu Belastungsunterschieden, die dem Prinzip der Steuergerechtigkeit widersprechen.

Die Erfahrung lehrt, dass die «hohe» Politik selbst mit der Korrektur solch offensichtlicher Mängel im Steuersystem Mühe bekundet. Es sind nun einige parlamentarische Vorstösse pendent, die – ganz allgemein – darauf zielen, die Indexautomatismen zu überprüfen. Es ist zu hoffen, dass bei diesen Übungen die im Konsumentenpreisindex enthaltene Wust nicht «übersehen» wird. Es geht hier für einmal nicht um eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern um eine solche der puren *steuerpolitischen Logik*. Nebenbei bemerkt: die politische Linke war lange Zeit mit der Taktik erfolgreich, sich Satzerhöhungen bei der Wust, die de facto gar nicht zu Belastungserhöhungen bei den Konsumenten führten, durch Mehrbelastungen bei der direkten Bundessteuer «honorieren» zu lassen – was nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, dass der Wehrsteuertarif eine weltrekordsverdächtige Progression angenommen hat. Die Politik der siamesischen Zwillinge war nie auf realen Voraussetzungen abgestützt.

Willy Linder

Sie bringt das Beste unseres Denkens und neuen Schreibens von allen Ländern zusammen. Wir werden Kontakte haben mit Zeitschriftenredaktoren in Rom, Frankfurt, Madrid und anderwärts. Die Existenz eines solchen Netzes unabhängiger Zeitschriften in mindestens jeder Hauptstadt Europas ist notwendig für die Transmission von Ideen, und um den Kreislauf dieser Ideen möglich zu machen, solange diese Ideen noch frisch sind. Die Redaktoren solcher Zeitschriften und wenn möglich ihre regelmässigen Mitarbeiter sollten einander persönlich kennen, einander besuchen und in Gesprächen untereinander Ideen austauschen.

T. S. Eliot in der Ankündigung der Zeitschrift «*Criterion*»